

<b>Zeitschrift:</b>	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
<b>Herausgeber:</b>	Widerspruch
<b>Band:</b>	28 (2008)
<b>Heft:</b>	55
<b>Artikel:</b>	Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft : Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle der Finanzmärkte
<b>Autor:</b>	Krätke, Michael R.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-652182">https://doi.org/10.5169/seals-652182</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft**

## **Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle der Finanzmärkte**

Nicht der Kapitalismus ist in der ersten modernen Weltfinanzkrise, der Krise von 2007 – 08, an sein absehbares Ende gekommen, sondern eine bestimmte historische Form des Kapitalismus. Und zwar eine, die sich seit Mitte der 1970er Jahre herausgebildet hat, getrieben vom Neoliberalismus, einer aggressiven politischen Ideologie und Strategie, die der Vorherrschaft einer neuen Form des Finanzkapitals weltweit den Boden bereitet hat. Mit dem Bankrott des Neoliberalismus, mit dem Bankrott der angeblich unübertrefflichen Form des US – Finanzmarktkapitalismus, mit dem unübersehbaren Zusammenbruch des „Wall Street Modells“, sind die Dr. Pangloss aller Länder momentan verstummt. Das Undenkbare, mit Hohn und Spott und struktureller Gewalt aus den öffentlichen Diskursen verbannt, wird wieder denkbar: Es kann und es muss Alternativen geben. Alternativen im Kapitalismus, Alternativen jenseits des Kapitalismus, Alternativen, die über den Kapitalismus hinausführen.<sup>1</sup>

Natürlich denken und reagieren die herrschenden Eliten nicht so, sondern fallen, wie gehabt, von einem Extrem ins andere. Im Moment fallen sie in die gute alte Staatsintervention mit Verstaatlichungen, Subventionsregen, Steuer- und sonstigen Geldgeschenken, mit Konjunkturprogrammen noch und noch. Vom neoliberalen Regime der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung auf Teufel komm’ raus plumpsen sie in den guten alten StamoKap, die Form des Staatssozialismus, die sich die Kapitalisten aller Länder seit jeher gern gefallen ließen. Etwas anderes bleibt ihnen auch nicht übrig, um die Mehrfachkrise des gegenwärtigen Kapitalismus noch in den Griff zu bekommen.

## **Demokratie und Wirtschaft**

Selbst den konservativsten Gewerkschaftsführern platzt angesichts des Ausmaßes der Katastrophe mittlerweile der Kragen. Berthold Huber, der Vorsitzende der deutschen IG Metall, nach wie vor die größte Industriegewerkschaft der Welt, fordert eine „gesellschaftliche Debatte darüber, was wir an die Stelle neoliberaler Theorie und Praxis setzen wollen“. In bester sozialdemokratischer Tradition plädiert er für eine „Demokratisierung der Wirtschaft“. <sup>2</sup> Nicht Verstaatlichungen, nicht ein neuer Staatssozialismus für Kapital- und Geldvermögensbesitzer auf Kosten der proletarischen Mehrheit der Steuerzahler, wie ihn die Regierungen in Krisennot nun weltweit praktizieren, sondern eine andere, eine bessere Wirtschaftsord-

nung ist gemeint. Plötzlich prangt sie nun wieder auf der Tagesordnung, die Skandalidee der Wirtschaftsdemokratie. Vielen Gewerkschaftern und Sozialisten, die sie im Munde führen, ist gar nicht klar, wie weit und radikal sie sich damit vom herrschenden Diskurs des Wirtschaftsliberalismus entfernen. Ihren ideologischen Gegenspielern ist der Zusammenhang dagegen umso klarer: Wer von Wirtschaftsdemokratie spricht, darf und kann vom Sozialismus, von einer ganz anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus, nicht schweigen. Wer dagegen dem liberalen Weltbild vertraut, kann in dem Ruf nach einer „Demokratisierung“ der Wirtschaft nichts anderes sehen als einen ruchlosen Angriff auf die natürliche Ordnung der Dinge. Die geheiligte Trennung von hier (Be)Reich der „Politik“, dort Reich der „Ökonomie“ wird damit radikal in Frage gestellt – und was denen absurd erscheint, das halten die anderen für eine überfällige Forderung.

Wer die Demokratie nur für eine Regierungs- und Staatsform hält, wer an die strikte, gleichsam gottgegebene Trennung von „Politik“ und „Ökonomie“ glaubt, kann über das Ansinnen, aus der Wirtschaft eine demokratische Veranstaltung zu machen, nur den Kopf schütteln.<sup>3</sup> Nun ist Demokratie als Norm und Normalfall der Politik auch ein Phänomen der allerjüngsten Zeit. Der Pöbel soll herrschen, das Volk sich selbst regieren – was für eine verrückte Idee! Daher versuchen die herrschenden Eliten, die politische Klasse ebenso wie die herrschenden, aber nicht selbst regierenden Klassen der Kapital-, Vermögens- und Ressourcenbesitzer, seit jeher, die Ambitionen des großen Lümmels Volk, in der niederen wie in der hohen Politik mitreden, sogar mitentscheiden zu wollen, nach Möglichkeit zu beschränken. Formelle politische Rechtsungleichheit wie in den liberalen Demokratien, Ritualisierung und Entleerung der auf gelegentliche Wahlveranstaltungen reduzierten politischen Partizipation, Mediatisierung der Parlamente durch Parteiapparate plus ständige Bevormundung der unmündig gemachten und gehaltenen Bürger wie in den wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratien des allgemeinen Wahlrechts – der Demos ist domestizierbar. Wie gut sich die Kapitalsherrschaft mit der parlamentarischen Demokratie vereinbaren lässt, wissen wir seit langem.

Gegen den Status quo spricht die republikanische Tradition. Wer die Selbstregierung und –verwaltung der Freien und Gleichen ernstnimmt, kann mit der reduzierten Demokratie der Alt- und Neoliberalen keinen Frieden machen. Wer die Parole von der „Demokratie des Marktes“, auf dem angeblich alle Bürger gleich seien (nur unterschieden durch Kaufkraft und Kredit), als ideologischen Humbug durchschaut, wird die Demokratisierung der Wirtschaft nicht aufgeben. Solange die Wirtschaft nicht demokratisiert ist, bleibt die Demokratie unvollständig und unvollendet, stets in Gefahr, zum bloßen Ritual heruntergebracht zu werden, das eine faktische „Elitenherrschaft“, eine Oligarchie der Kapital- und Vermögensbesitzer trotz formeller Parteienkonkurrenz und formell freier Wahlen nur

verschleiert statt verhindert. Die (Neo)liberalen wollen seit jeher Demokratie so wenig wie möglich, als unvermeidliches Übel, das dem eigentlichen „Reich der Freiheit“, der kapitalistischen Marktwirtschaft, nicht in die Quere kommen soll; aufgeklärte Sozialisten wollen ein Maximum an politischer Freiheit und Selbstbestimmung für alle – also auch die Demokratisierung der Wirtschaft als einziges Mittel gegen die Unfreiheiten und Ungleichheiten, die der realexistierende Kapitalismus für die große Mehrheit produziert. Erst mit der Wirtschaftsdemokratie, in der Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, wäre der „Aufstieg der Demokratie in der Welt“, die „große demokratische Revolution“ vollendet, von der Tocqueville schon 1835 sprach.<sup>4</sup>

Seit jeher haben reformistische Sozialisten auf die Demokratie gesetzt. Aber ihr Glaube an die demokratische Kontrolle der Wirtschaft in den herkömmlichen Formen, ohne „Revolution“, d.h. ohne jede radikale Erweiterung und Umgestaltung der tradierten Formen der Massendemokratie, ohne Parlamentsreform, ohne Wahlrechtsreform, ohne neue, erweiterte Bürgerrechte, war naiv und hat dem Konzept des demokratischen Sozialismus schwer geschadet. Der Schritt zur Wirtschaftsdemokratie bedeutet unweigerlich eine Revolution, den Abschied von der nur politischen Demokratie, wie wir sie kannten – und kritisierten. Wenn die Wirtschaft demokratisiert wird, kann die Demokratie nicht bleiben, wie sie ist. In dem Prozess, der von der nur „politischen“ zur „sozialen“ und „wirtschaftlichen“ Demokratie führt, wird die Demokratie (und wird der Demos) radikal umgebaut. Das war, man wird sich erinnern, schon einmal die Perspektive des europäischen Sozialismus.<sup>5</sup>

Demokratie heißt in der europäischen Tradition erstens politische Freiheit für alle, für Individuen ebenso wie für Assoziationen, also auch für Minderheiten, zweitens Gleichheit der politischen Rechte für alle und drittens verantwortliche Regierung (und Verwaltung), also die institutionalisierte Möglichkeit, eine Politik bzw. deren Repräsentanten durch andere ersetzen zu können. Im Gedankenexperiment auf die Wirtschaft übertragen hieße Demokratie daher erstens individuelle und kollektive Freiheit für alle Wirtschaftsbürger, ganz unabhängig von der Größe und Art ihres Besitzes oder der Verschiedenheit ihrer Talente und Fähigkeiten, zweitens Gleichheit der Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte, unabhängig von Alter, Geschlecht und Bildungsgrad, und drittens Verantwortlichkeit der – im Prinzip durch Wahl bestellten und jederzeit wieder abberufbaren – Manager, Planer und Dirigenten des Wirtschaftsprozesses auf der Ebene der einzelnen Betriebe ebenso wie auf der Ebene der Branchen und Regionen und in der Gesamtwirtschaft (natürlich nicht der „Nationalökonomie“). In einer Wirtschaftsdemokratie wird der gesamte Wirtschaftsprozess auf allen Ebenen politisiert, zur öffentlichen Angelegenheit aller Beteiligten und Betroffenen gemacht, hört auf, Privatsache zu sein und von der Privatmacht von Privatpersonen bestimmt zu werden.

## **Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus**

Wer will und lesen kann, kann sich in Sachen Wirtschaftsdemokratie sogar auf Marx berufen. 1844, in der Kritik des Hegelschen Staatsrechts, plädiert Marx für die „entwickelte Idee“ der Demokratie, die ihm als „das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“ gilt, weil sie auf „den wirklichen Menschen, das wirkliche Volk“ zurückgreife.<sup>6</sup> Was die liberalen, bürgerlichen Demokratien natürlich nicht taten, die das wirkliche Volk auf das Abstraktum des Staatsbürgers (bzw. des Wahlvolks) reduzierten. Nur eine zur sozialen und Wirtschaftsdemokratie erweiterte, über die (neo)liberale Kümmerform hinaus entwickelte Demokratie wird die wirklichen Unterschiede und Ungleichheiten der wirklichen Menschen an die Stelle des reinen „Staatsbürgers“ (citoyen, citizen) setzen. Folglich wird die Wirtschaftsdemokratie mehr und andere Bürgerrechte kennen als die herkömmliche politische Demokratie. Einmal alle vier Jahre (oder auch öfter, wie in der Schweiz) zur Wahl gehen, das war einmal. Wirtschaftsdemokratie wird zeitraubend und anstrengend, von den Bürgern wird weit mehr Engagement für ihre eigenen, öffentlichen Angelegenheiten gefordert als je zuvor.

Friedrich von Hayek war nicht der erste und blieb nicht der letzte Ideologe, der jede Form des Sozialismus als Despotismus denunzierte. Das wurde den Marxisten seit jeher vorgeworfen.<sup>7</sup> Zu Unrecht. Jede Form des „rohen und gedankenlosen Kommunismus“, der gewaltsam von allen Unterschieden, z.B. der Talente, abstrahiert, der „die Persönlichkeit des Menschen überall negiert“ und in reiner „Nivellierungssucht“ alle Menschen zur gleichen spartanischen Frugalität zwingen will, wird von Marx und Engels entschieden bekämpft (vgl. MEW 40, 534, 535). Dem Despotismus des „Kasernenkommunismus“, der von allen nur Aufopferung fordert (MEW 8, 322), der „rohen Gleichmacherei“ eines „allgemeinen Asketismus“, einer reaktionären Despotie der Menschheitsbeglückter (vgl. MEW 4, 489) konnten sie nie etwas abgewinnen. Erst jenseits des Kapitalismus werden wir die Freiheit gewinnen, um in der Gesellschaft so ungleich zu sein, wie wir sind. Auch ohne Frankfurter Hilfe durchschauten Marx und Engels die Lüge des bürgerlichen „Individualismus“ und spotteten über die als „Individualisierung“ gefeierte allgemeine Gleichmacherei durch die Despotie des Marktes. Der Marxsche Sozialismus war von Anfang an nicht als staatliche Veranstaltung, erst recht nicht als unbeschränkte Despotie einer Staats- und Parteibürokratie gedacht, sondern als erweiterte, entwickelte Demokratie, die die „Despotie des Kapitals“ überwinden sollte.

### **Wie eine Wirtschaftsdemokratie funktionieren kann**

Kein größerer Gegensatz zum (neo)liberalen Einheitsdenken als dieser: Eine Wirtschaftsdemokratie soll in der Tat die „Eigengesetzlichkeit“ der

Wirtschaft brechen, sie stellt den Versuch einer demokratisch organisierten Gesellschaft dar, die Wirtschaft zu beherrschen, statt von ihr beherrscht zu werden. Ansatzpunkte dafür gibt es in den heutigen, gemischten Ökonomien der kapitalistischen Länder genug. Trotz des grassierenden Privatisierungswahns haben wir immer noch umfangreiche öffentliche Sektoren, in denen der Staat als Eigentümer und Unternehmer die zentrale Rolle spielt. Nach wie vor gehen in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern (OECD-Ländern) 40 Prozent und mehr des Bruttosozialprodukts durch die öffentlichen Hände. Der „dritte Sektor“ der genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen floriert in den meisten kapitalistischen Ländern. In der EU sind die Rahmenbedingungen für Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen heute günstiger denn je.<sup>8</sup> Viele Unternehmen, ein guter Teil der Ressourcen und ein erheblicher Teil der makroökonomischen Kreisläufe stehen heute schon unter einer Art von direkter und indirekter Staatskontrolle. Genossenschaftliche Betriebe (in Europa rund 240000 mit rund 140 Millionen Mitgliedern) sind mehr oder weniger demokratisch organisiert und werden von den Genossen zumindest mitverwaltet.<sup>9</sup> Nur mit dem gemeinwirtschaftlichen Sektor sieht es heute trübe aus.

Von „sozialistischen Inseln“ oder „Keimzellen“ der sozialistischen Wirtschaftsordnung kann keine Rede sein. Auch die demokratischsten Genossenschaften unterliegen noch stets der Marktkonkurrenz, müssen sich der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung anpassen. Öffentliche Unternehmen agieren nicht viel anders als privatkapitalistische Großkonzerne, der betriebswirtschaftlichen Rationalität, der Logik der Konkurrenz scheint sich niemand verweigern zu können. Die Budgetpolitik ist den meisten Bürgern in den heutigen parlamentarischen Demokratien ein Buch mit sieben Siegeln. Wahlkampf oder nicht, in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart geht es in der Hauptsache um die Staatsfinanzen, um die ewige Frage, wer was bezahlen soll und kann. Eine wirksame demokratische Kontrolle der Steuer- und Ausgabenpolitik der Regierung gibt es vielleicht noch in der Schweiz, aber nicht in den parlamentarischen Demokratien europäisch-amerikanischen Zuschnitts. Dort beschränkt sie sich auf die gelegentliche, spektakuläre Verhinderung allzu extravaganter Regierungspläne durch Negativkoalitionen.<sup>10</sup> Es hilft also nicht weiter, auf den prinzipiell demokratischen Charakter des bestehenden Staates zu vertrauen und den Ausbau der öffentlichen und genossenschaftlichen Sektoren zu betreiben. Ohne eine „Demokratisierung“ der Demokratie, ohne ihre teilweise Neuerfindung ist eine wirklich funktionierende Wirtschaftsdemokratie nicht zu haben.

Kann man sich eine funktionierende Wirtschaftsdemokratie ohne Parlamente, ohne politische Parteien, ohne allgemeine Wahlen vorstellen? Das wäre die Rätedemokratie, die ebenso funktional und territorial gegliedert sein kann wie heutige parlamentarische Demokratien.<sup>11</sup> Ohne Reprä-

sentation, ohne bindende Entscheidungen der gewählten Vertreter, ohne Wahlen, ohne eine funktionierende Arbeitsteilung zwischen Verwaltung, Regierung und Kontrolle (bzw. Justiz), ohne Kompetenzverteilung, ohne Hierarchie kommt auch eine Räteorganisation nicht aus. Sie braucht sogar, das wird Jürgen Habermas freuen, eine Art von Parlamentarismus im alt-europäischen Sinn des Wortes: Das Volk, das arbeitende wie das nicht-arbeitende, weiß auch bei hinreichender Allgemeinbildung keineswegs immer schon, was es will. Kollektive Entscheidungen lassen sich eben nicht, wie nach (neo)liberaler Phantasievorstellung, bruchlos in individuelle Entscheidungen auflösen. Kollektive und individuelle Entscheidungen haben unterschiedliche Zeithorizonte und unterschiedliche Reichweite. Kollektive Entscheidungen über gemeinsame, gesellschaftliche Angelegenheiten, im einzelnen Betrieb ebenso wie in der Gesamtwirtschaft, müssen vorbereitet, ermöglicht werden; ein kollektiver, politischer Wille muss geformt werden. Vor allem dann, wenn statt der Routine des Business as usual Entscheidungen über die stets unsichere Zukunft anstehen. Das braucht öffentliches, allgemein zugängliches Wissen, das braucht Zeit und Gelegenheit zur öffentlichen Debatte des Für und Wider.

Idealiter wäre das die zentrale Aufgabe eines parlamentarischen Systems – einschließlich der politischen Parteien.<sup>12</sup> Weil aber nicht alle Gesellschaftsmitglieder Arbeiter/innen sind, weil es verschiedene Arten und Grade der Beteiligung an der Produktion, Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums gibt, haben demokratische Sozialisten und Sozialistinnen für eine duale Struktur plädiert: Zwei Säulen demokratischer Organisation sollten einander stützen und ergänzen, die parlamentarische Säule für alle Bürger/innen ohne Unterschied und die Rätesäule, die als demokratische Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit fungiert.<sup>13</sup> Um den unvermeidlichen Konflikt zwischen beiden Säulen – organisierte gesellschaftliche Interessen versus organisierte Betriebs- oder Brancheninteressen der Produzenten – auf demokratische Weise zu behandeln, braucht es weitere, intermediäre Formen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Dittel- oder viertelparitätische Selbstverwaltungskörper, die zugleich als Forum und als Schiedsrichter für die unvermeidlichen Konflikte und Rivalitäten zwischen Betrieben, Branchen und Regionen fungieren können, sind eine denkbare Form.<sup>14</sup> Die Sache wird also kompliziert, wenn man die Falle der Einfachlösungen – nur Parlamentarismus hier, reines Rätesystem dort – vermeiden will. Zwei-Kammer-Systeme haben wir schon in den meisten parlamentarischen Demokratien. Mit dem Übergang zur Wirtschaftsdemokratie wird das System der Repräsentation ebenso wie das der Wahlen und Abstimmungen um einiges komplexer werden müssen, als wir das gewohnt sind. Oskar Wilde hatte schon recht: Sozialismus braucht „viele Versammlungen“, mehr, nicht weniger politische Tätigkeit für die Normalbürger/innen.

In einer funktionierenden Wirtschaftsdemokratie werden Experten, selbst Berufspolitiker/innen nicht verschwinden. Aber sie werden in Schach gehalten durch eine ständig wachsende Schar von Gelegenheitspolitikern in eigener Sache, die ihren eigenen Sachverstand mitbringen bzw. entwickeln. Auf Spezialisten kann man ebenso wenig verzichten wie auf Regularien und formelle Institutionen, wenn man wirtschaftliche Macht aus der unkontrollierten, unverantwortlichen Privatmacht von Privatpersonen (bzw. Privatunternehmen) in öffentliche, kontrollierte und kontrollierbare, verantwortliche wirtschaftliche Macht verwandeln will. Wirtschaftliche Macht bleibt es, Gewalt über Ressourcen, über Dinge ebenso wie über Menschen und deren Lebenschancen. Kollektive Entscheidungen können ebenso in die Irre gehen wie individuelle, kollektive Entscheidungen von Bürgern über gemeinsame, öffentliche Angelegenheiten werden nicht dadurch fehlerfrei, dass sie nicht mehr wie im alltäglichen Kapitalismus von den „Furien des Privatinteresses“ korrumptiert werden können.

Gerade wenn der gegenwärtige Vorrang individueller Wahlakte vor kollektiven Entscheidungen durchbrochen wird, wird es umso wichtiger, die Verbindlichkeit und die Verantwortlichkeit kollektiver Entscheidungen zu organisieren. Wegen der absehbaren Komplexität der kollektiven wirtschaftlichen Entscheidungen, wegen der absehbaren Konflikte zwischen legitimen kollektiven Teilinteressen sollte die gut demokratische, Madison'sche Organisationsregel gelten: Vervielfältigung der Beteiligungs- und Vetorechte. Also mehr statt weniger Versammlungen, mehr statt weniger Referenden und mehr statt weniger Vetos. Allerdings verbunden mit einem hohen Begründungsaufwand, um so höher je weitreichender und je verbindlicher die jeweils angestrebte Entscheidung ausfallen sollte, am höchsten also bei einer Gesetzesinitiative. In einem Mehr-Kammer-System der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gibt es natürlich auch nicht mehr einen obersten Gesetzgeber, sondern deren mehrere, folglich mehrfache (und mehrfach qualifizierte bzw. qualifizierbare) Mehrheiten und mehrfache Abstimmungen.<sup>15</sup>

Gesamtwirtschaftliche Planung auf mehreren Ebenen nach demokratischen Mustern gehört ebenso zu einer funktionierenden Wirtschaftsdemokratie wie die betriebliche Planung in den selbstverwalteten, genossenschaftlich organisierten Einzelunternehmen. Von wirtschaftlicher Demokratie kann im Ernst erst die Rede sein, wenn die Normalbürger/innen die Chance haben, über die Gesamtrichtung wie über die Details der Wirtschaftspolitik im Lande wie in der Gemeinde mit zu bestimmen. Dazu gehört aber mehr als nur die Demokratisierung des heutigen Budgetprozesses.<sup>16</sup> Über die Zentralbankpolitik muss ebenso öffentlich geredet, gestritten und kollektiv entschieden werden können wie über die Außenhandels- und Währungspolitik. In einer funktionierenden Wirtschaftsdemokratie darf es daher keine „Autonomie“ der Zentralbank geben, die mit dem Arcanum imperii der hohen Geldpolitik verhüllt und legitimiert wird.

Ebensowenig darf und kann es eine Exportstrategie geben, über die einige Hundert Unternehmen allein, nach eigenem Gutdünken befinden. In einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung wird die Exportquote ebenso zum Politikum wie die Inflationsrate, die Lohnquote kann ebenso zum Gegenstand kollektiver Entscheidungen gemacht werden wie die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote. Der Souverän wird erst Herr der Volkswirtschaft, wenn er über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheiden kann, wenn also volkswirtschaftliche Rahmenpläne für unterschiedliche Perioden zur Debatte und zur Abstimmung anstehen. Beispiele für höchst erfolgreiche und höchst autoritäre gesamtwirtschaftliche Planung gibt es genug: Alle erfolgreichen Neuen Industrie- und Neuen Agrarländer des XX. Jahrhunderts, alle erfolgreichen „Entwicklungsstaaten“ der vormals Dritten Welt haben sie gegeben. Nur von demokratischer Beteiligung, von Mitbestimmung, von öffentlicher Debatte und kollektiver Entscheidung wird man bei diesen leuchtenden Vorbildern kapitalistischer Planwirtschaft wenig finden. Gerade die Demokratisierung derartiger gesamtwirtschaftlicher Planungen, die öffentliche Debatte über Alternativen und Varianten, die kollektive Entscheidung, die öffentliche Kontrolle, die Verantwortung von Planungsfehlern und Misserfolgen macht aber erst eine wirtschaftsdemokratische Ordnung aus. Wiederum: Eine demokratische Wirtschaftsplanung braucht spezielle Institutionen. Parlamente können darin eine Rolle spielen, aber eben nicht allein. Es wird – analog zu heutigen Ministerien, aber völlig anders organisiert – zahlreiche Spezialinstitutionen brauchen, vom Planbüro über die Zentralbank bis zu speziellen Preis-, Lohn- und Kartellämtern, um die makroökonomischen Planungs- und Entscheidungsprozesse demokratisch zu organisieren.<sup>17</sup>

Nicht alles kann, nicht alles muss oder sollte geplant werden. Gegen die Utopie einer total (zentral oder dezentral) geplanten Wirtschaft spricht einiges. Dennoch hat der Nicht-Markt-Sozialismus in der europäischen Tradition stets eine Rolle gespielt.<sup>18</sup> In der Ära des neoliberalen Marktfundamentalismus ist der linke Affekt gegen den Markt als solchen nur zu verständlich. Aber eine sozialistische Ökonomie nur durch die „Abwesenheit von Märkten“ zu bestimmen, greift zu kurz. Dieser Kurzschluss hat in jüngster Zeit Anhänger gewonnen – dank der Botschaft, alles sei heute planbar, der Computer-Sozialismus samt Internet habe alle bekannten Grenzen der Planung endgültig überwunden.<sup>19</sup> Dem ist nicht so, deshalb ist der Marktsozialismus als notwendiges und integrales Element einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung auch nicht obsolet.

Das zentrale Argument für einen Markt-Sozialismus lautet: Kein noch so demokratischer Planungsprozess kann und darf jedem Einzelnen diktieren, was seine legitimen Bedürfnisse zu sein haben, die Planwirtschaft darf die individuelle Wahlfreiheit zwar begrenzen, aber nicht aufheben. Michael Albert hat die elaborierteste Scheinlösung für dies Problem vorgelegt: Da erstellen individuelle Konsumenten Konsumpläne und Produ-

zenten Produktionspläne, eine Abstimmung findet rundenweise statt, die definitive Entscheidung fällt in einer Abstimmung über wenige gesamt-wirtschaftliche Pläne. Wie diese Millionen von Einzelplänen und die volkswirtschaftlichen Pläne je zusammenpassen sollen (es sei denn per Zufall), wird nie erklärt, scheint auch kein Problem zu sein, da es in der „partizipatorischen Ökonomie“ so gut wie keinen Raum für öffentliche Debatten oder gar Verhandlungen über Planalternativen gibt.<sup>20</sup>

Ob Märkte in eine wirtschaftsdemokratische Ordnung passen oder nicht, hängt davon ab, ob und wieweit sie demokratisch kontrollierbar sind. Das sind sie durchaus – dank einer Vielzahl von intermediären Organisationen, die schon heute für die Ordnung der Märkte verantwortlich sind. Werden diese regulierenden, normierenden und kontrollierenden Institutionen ihrerseits demokratisiert, kann das Marktgeschehen ebenfalls durch demokratische, kollektive Entscheidungen beeinflusst und gelenkt werden. Obendrein kann eine demokratisch organisierte Gesellschaft darüber entscheiden, welche Märkte sie zulassen, welche sie begrenzen, welche sie schließen will. Es kommt darauf an, dass der Souverän sein Marktmonopol mit Verstand gebraucht, um die Märkte unter Kontrolle zu halten.<sup>21</sup>

### **Lassen sich Finanzmärkte demokratisch kontrollieren?**

Das ist, im Blick auf die gegenwärtige Krise, gewiss die dringendste Frage: Wie kann eine demokratisch organisierte Gesellschaft Kontrolle gewinnen über die Welt der Finanzmärkte? Diese sind ganz und gar nicht einfacher, sondern höchst komplizierter Natur wie die meisten Märkte. Börsen sind komplex organisiert und reguliert, unter einem Regime der „freiwilligen Selbstkontrolle“ (in der Regel mit Staatsaufsicht). Als zentrale Knotenpunkte des Netzwerks der internationalen Finanzmärkte lassen sich die Weltbörsen durchaus verstaatlichen, in öffentliche Unternehmen verwandeln. Hier geht es um eine Machtfrage: Wer hat das Sagen? Die Wall Street oder der US-Kongress? Die City of London oder das britische Unterhaus? Die internationalen Kapitalmärkte oder die demokratisch organisierte Gesellschaft, die eben nicht nur aus Kapitalisten und Spekulanten besteht?

Die Frage ist auch in der langen Perspektive, im Blick auf eine künftige Wirtschaftsordnung relevant. Denn ohne ein entwickeltes Kreditsystem kommt kein Marktsozialismus aus. Eine Planwirtschaft noch weniger. Kontrolle des Kreditsystems ist ebenso entscheidend für eine demokratische Wirtschaftsordnung wie die Selbstverwaltung der Betriebe. Allerdings braucht eine wirtschaftsdemokratische Ordnung kein fiktives Kapital, also auch keinen Markt dafür und keine Gruppe von Entrepreneurs, die sich auf den Handel mit fiktivem Kapital spezialisieren. Aber die demokratische Kontrolle des staatlichen Geldmonopols, ebenso wie die Kontrolle über die Kreditvergabe und Kreditschöpfung, also eine demokratische

Kontrolle über das (öffentliche) Bankensystem sind notwendig. Über die Bankpolitik, über die Politik der Zentralbank kann und muss öffentlich verhandelt werden, in einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung gibt es keinen Platz für eine Kaste von Hohepriestern der ältesten geldtheoretischen Dogmen. Demokratisierung der Wirtschaft heißt unweigerlich: Entmachtung der Banken, des Bankensystems, Entmachtung der Zentralbanken. Im Kapitalismus sind Geld, Kredit und Finanzmärkte bereits „öffentliche“ Angelegenheiten, die alle Geldbesitzer betreffen, obwohl sie als private Veranstaltungen behandelt werden.

Die Finanzmärkte einer öffentlichen Kontrolle durch demokratisch legitimierte Institutionen zu unterwerfen, ist nur konsequent, wenn die Folgen der Weltfinanzkrise ohne staatliche Hilfe, ohne öffentliche Gelder nicht zu bewältigen sind. Wer zahlt, schafft an, so lautet die gutbürgerliche Logik. Die Kontrolle der Finanzmärkte, die Überführung einiger ihrer zentralen Institutionen wie der Börsen, der Clearing-Häuser, der Rating-Agenturen in öffentliches Eigentum, die Verstaatlichung zahlreicher Banken und Versicherungen, die Neuausrichtung der Finanzaufsicht haben nur dann einen Sinn, wenn sie als vorbereitende Schritte zu einer Neuordnung der Finanzmärkte insgesamt gesehen und betrieben werden. Der demokratische Souverän darf das Gelage der Banken und Finanzkonzerne bezahlen und er soll nicht über den künftigen Kurs der Finanzmärkte mitreden dürfen?

Praktikable Vorschläge gibt es genug, von Attac und anderen Organisationen.<sup>22</sup> Ein neues Bretton Woods für die internationale Finanz- und Währungsordnung ist in der Tat notwendig und im Moment auch möglich. Die Europäische Union wird ihre jüngst verabschiedete Finanzmarktrichtlinie schleunigst überarbeiten müssen, die einzelnen Mitgliedsländer können agieren. Wenn sie bereit sind, den Kampf mit den angeschlagenen Champions des internationalen Finanzkapitals aufzunehmen, wenn sie bereit und willens sind, die Börsen in öffentliche Einrichtungen umzuwandeln, den allgemeinen Börsenzwang für Finanzmarkttransaktionen durchzusetzen, bestimmte Formen der Spekulation bzw. bestimmte Arten hochspekulativer Fondsunternehmen konsequent zu verbieten. Nie war die Gelegenheit so günstig, eine allgemeine Steuer auf sämtliche Finanzmarkttransaktionen auf allen Börsen- und Finanzplätzen Europas einzuführen und zugleich die Offshore-Märkte und Steuerparadiese zu schließen. Dem demokratischen Souverän, dem einfachen Steuerzahler wird das gefallen: Lasst die Banken und sonstigen Finanzmarktakteure mit bezahlen für den immensen Schaden, den sie angerichtet haben.

Um die Finanzmarkttransaktionssteuer (eine erweiterte und radikalierte Version der Tobin-Tax) einzuführen und wirksam zu erheben, braucht man nur einen Hebel, der sowieso unter öffentliche Kontrolle gehört: die Clearing-Häuser, die Knotenpunkte des internationalen Geldverkehrs, über die sämtliche Finanzmarkttransaktionen abgewickelt werden. Zwanzig an

der Zahl sind es in Europa. Es ist kaum zu vermuten, dass die Mehrzahl der Banken und sonstigen Privatunternehmen in Europa in den Untergrund abtauchen und zum reinen Bargeldverkehr mit reisenden Geldkofferträgern zurückgehen werden.

Das gleiche gilt für die Rating-Agenturen, die zu den größten und wichtigsten Marktmachern auf den Finanzmärkten gehören. Es sind drei Riesen, die sich fast neunzig Prozent des Geschäfts teilen, eine unerhörte Monopolsituation. Alle drei haben in der jüngsten Krise wie in früheren Finanzmarktkrisen spektakulär versagt. Nichts und niemand hindert die EU daran, eine eigene Rating-Agentur als öffentliches, gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu gründen, niemand kann sie daran hindern, nur solche Wertpapiere und Kontrakte an den europäischen Börsen zuzulassen, die ein Gütesiegel dieser europäischen Rating-Agentur tragen. Den Kampf mit den US-amerikanischen Monopolisten muss man aufnehmen. Gut 8000 registrierte Banken gibt es im europäischen Wirtschaftsraum, nur 44 davon sind wirklich transnationale Spieler, zusammen kontrollieren sie fast zwei Drittel aller Einlagen. Nichts hindert die demokratischen Staaten Europas daran, sich ein öffentliches und gemeinnütziges Bankensystem zuzulegen, nichts hindert sie daran, die Europäische Zentralbank zum Instrument einer vernünftigen, gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik zu machen. Nichts außer den alten Gespenstern – den nationalen Egoismen und den jahrzehntelang gepredigten, bestgeglaubten Dogmen des Neoliberalismus.

## Anmerkungen

- 1 TINA (There is no alternative) war die Parole der Neoliberalen, TAMARA (There are many and real alternatives) ist die Parole der aufgeklärten neuen Linken der Gegenwart.
- 2 Vgl. Berthold Huber, Brauchen Demokratisierung der Wirtschaft, in: Frankfurter Rundschau, 30.10.2008.
- 3 „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“ – so hat Gerhard Schröder das urliberale Dogma auf einen griffigen Einzeller gebracht. Das sind die „kurzen Sätze“, auf die die rechten Populisten in der Sozialdemokratie so stolz sind.
- 4 Vgl. Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Reinbek 1976, S 3, 5. Dazu bedarf es allerdings „einer neuen politischen Wissenschaft“ (Tocqueville, ebd., S. 9), die sich von der heutigen radikal unterscheidet.
- 5 Vgl. Max Adler, Politische und soziale Demokratie, Wien 1925.
- 6 Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW Bd. 1, 1970, S. 231.
- 7 Vgl. zum Beispiel das Werk von Bernhard Friedlaender, Der freiheitliche Sozialismus im Gegensatz zum Staatsknechtsthum der Marxisten, Berlin 1892 (!).
- 8 Die traditionelle gesetzliche Diskriminierung der Genossenschaften ist von der EU-Kommission in den letzten Jahren korrigiert worden.
- 9 Dazukommt in Deutschland noch der Sektor der Betriebe / Unternehmen mit gesetzlich geregelter Mitbestimmung der Belegschaften.
- 10 Selbst das funktioniert nur begrenzt. Alle europäischen Länder haben ihre öffentlichen Investitionsruinen und Milliardengräber, an denen zum Teil Jahrzehnte lang lustig weitergebastelt wird. Die Parlamente sind gegenüber den Expertokratien der staatlichen Verwaltungen machtlos, trotz Enquêtes, trotz Untersuchungsausschüssen.
- 11 Ein klassisches Plädoyer für die Rätedemokratie, zugleich ein spätes Manifest des Rä-

- tekommunismus hat der niederländische Marxist Anton Pannekoek zwischen 1941 und 1948 geschrieben. Jetzt in deutscher Sprache in: Anton Pannekoek, Arbeiterräte, Texte zur sozialen Revolution, Fernwald 2008.
- 12 Aber selbstverständlich ohne Parteienprivileg. Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, soziale Bewegungen aller Art sollen gleichberechtigt am politischen Prozess der „öffentlichen Meinungsbildung“ beteiligt sein. Dafür reicht die klassisch liberale Gedanken- und Meinungsfreiheit nicht aus; die Massenmedien müssen ebenso öffentliche Einrichtungen werden wie die Schulen, Universitäten und Bibliotheken.
  - 13 Vgl. die Darstellung von Hans-Georg Conert, Umrisse der Ökonomie eines „möglichen Sozialismus“, in: Iring Fettscher / Alfred Schmidt (Hg.), Emanzipation als Versöhnung, Frankfurt a.M. 2002.
  - 14 In allen Entwürfen für eine wirtschaftsdemokratische Neuordnung der Nachkriegszeit hat die Demokratisierung der vorhandenen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung (Kammern) eine zentrale Rolle gespielt. Vgl. Michael R. Krätke, Gelenkte Wirtschaft und Neue Wirtschaftsdemokratie, Viktor Agartz' Vorstellungen zur Neuordnung der Wirtschaft, in: Reinhard Bispinck / Thorsten Schulten / Peeter Raane (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik, Hamburg 2008.
  - 15 Vgl. zu diesen und ähnlichen Elementen einer „postliberalen“ Demokratie, allerdings ohne den Fokus auf die Wirtschaftsdemokratie: Philipp Schmitter, Wie könnte eine „postliberale“ Demokratie aussehen? In: Claus Offe (Hg.), Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt a.M. 2003.
  - 16 Dafür geben die Experimente mit partizipatorischen Budgetplanungen in einigen europäischen und außereuropäischen (Groß)Städten, sogar in einzelnen Provinzen (also Flächenstaaten mit mehreren Millionen von Einwohnern), wie sie in jüngster Zeit durchgeführt wurden und noch werden, einige brauchbare Beispiele.
  - 17 Zentrale Planungsbüros gibt es noch heute in vielen kapitalistischen Ländern. Vgl. zur Komplexität der makroökonomischen Organisation (am Beispiel Jugoslawiens) Branko Horvat, The Political Economy of Socialism, Oxford 1982.
  - 18 Vgl. zu den fünf Traditionslinien des Nicht-Markt-Sozialismus in Europa: Maximilien Rubel / John Crump (eds), Non-Market Socialism in the Nineteenth and Twentieth Century, Basingstoke 1987.
  - 19 Vgl. dazu: Paul Cockshott / Allin Cockrell, Towards a New Socialism, Nottingham 1993; Michael Albert, Parecon, London 2004; Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006.
  - 20 Vgl. Michael Albert, ebd. Dieterichs Vorschläge sind noch verrückter, da er auf die Planung von Wertgrößen setzt. So erklärt sich wohl seine Begeisterung für Cockshott / Cockrell, die Marx als Theoretiker des „Arbeitsgeldes“ preisen.
  - 21 Vgl. hierzu: Michael R. Krätke, Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: Loccumer Initiative, Mut zur konkreten Utopie, Hannover 2003.
  - 22 Vgl. z.B. für Attac – Deutschland, Österreich und Schweiz die verschiedene Programme zur Reform und demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte (siehe: [www.attac.de](http://www.attac.de), [www.attac.at](http://www.attac.at), [www.attac.ch](http://www.attac.ch)) und Peter Wahl u.a., Entwaffnet die Märkte!, Hamburg 2008. Die EuroMemorandum Gruppe hat im Dezember ihr EuroMemorandum 2008/2009 veröffentlicht, in dem sie ausführlich auf die demokratische Neuordnung des Finanzsektors eingeht (siehe: EuroMemorandum 2008/2009, [www.memo-europe.uni-bremen.de](http://www.memo-europe.uni-bremen.de)).